



**Bundesminister Peter Altmaier**  
**Bundesministerin Svenja Schulze**  
**Ralph Brinkhaus MdB, Carsten Linnemann MdB, Dr. Georg Nüßlein MdB,**  
**Dr. Joachim Pfeiffer MdB, Andreas G. Lämmel MdB, Jens Koeppen MdB,**  
**Dr. Andreas Lenz MdB**  
**Dr. Rolf Mützenich MdB, Matthias Miersch MdB, Bernd Westphal MdB,**  
**Johann Saathoff MdB, Timon Gremmels MdB, Dr. Nina Scheer MdB**

6. März 2020

## **Offener Brief zur Abschaffung des PV-Deckels**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der ambitionierte Ausbau der Solarenergie ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele 2030. Umso erfreulicher ist es, dass der PV-Ausbau nach jahrelanger Talfahrt wieder an Schwung gewonnen hat, auch wenn dieser noch weit hinter seinem Potenzial zurückbleibt. Solarstrom ist inzwischen nicht nur preiswert, er trifft in der Gesellschaft auch auf eine besonders hohe Akzeptanz.<sup>1)</sup>

Dessen ungeachtet droht der PV-Ausbau zumindest für Dachanlagen sehr bald abrupt zu enden. Denn die Förderung von Solarenergieanlagen bis zu einer Leistung von 750 kW ist gesetzlich auf eine Gesamtleistung von 52 Gigawatt begrenzt. Ende Januar 2020 betrug die installierte PV-Leistung nach Auskunft der Bundesnetzagentur knapp 49,6 Gigawatt<sup>2)</sup>. Für die kommenden Monate ist vor dem Hintergrund des

1) <https://www.lichtblick.de/presse/news/2020/02/11/mehrheit-der-deutschen-f%C3%BCr-solaranlagen-auf-d%C3%A4chern/>

2) [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)

sich abzeichnenden Förderendes von einem Anstieg der Ausbaurate auszugehen. Bereits bei einer Neuinstallation von durchschnittlich 500 MW pro Monat wäre der PV-Deckel im Laufe des Juni 2020 erreicht. Damit würde ab dem 1. August 2020 die Zahlung der Einspeisevergütung für neue Solarstromanlagen bis 750 kW enden und der PV-Ausbau weitgehend einbrechen. Davon betroffen wäre der gesamte Wohngebäudesektor (inkl. Mieterstrom) sowie Anlagen auf Gewerbedächern und kleinere Freiflächenanlagen.

Der Bundesrat hat am 11. Oktober 2019 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des PV-Deckels beschlossen und am 18. November 2019 an den Bundestag übersandt.<sup>3)</sup> Hier wurde dieser noch nicht beraten. Zugleich haben die Versuche der Bundesregierung bzw. der Koalitionsfraktionen, eine eigene Initiative im Bundestag zu starten, zu keinem Ergebnis geführt.

Die so entstandene Situation gefährdet begonnene Planungen sowie das Geschäftsmodell von zahlreichen, vor allem mittelständischen Solar-Installateuren und Projektentwicklern, Versorgungsunternehmen, Energiegenossenschaften, der Komponentenhersteller und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Es zerstört zudem das Vertrauen in die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung, zumal es keine sachliche Begründung für die weitere Verzögerung der Abschaffung des Deckels gibt.

Die Abschaffung wird zurzeit in Verbindung mit der Einführung neuer Regeln beim Ausbau der Windkraft an Land verhandelt, insbesondere eines verbindlichen Mindestabstands zwischen Windanlagen und Siedlungen. Fachlich gibt es dabei keinerlei Wechselwirkungen zur Streichung des PV-Deckels. Der Zusammenhang ist sachfremd. Es wäre politisch nicht kommunizierbar, dass in der Solarbranche nur deshalb reihenweise Arbeitsplätze verloren gingen, nur weil sich die Große Koalition bei der Windenergie nicht einigen kann.

Die Abschaffung des Deckels ist sachlich also ohne weiteres möglich. Der schnellste Weg wäre die rasche Beschlussfassung des Bundestages über den Gesetzentwurf des Bundesrates. Im März stehen dazu drei Sitzungswochen zur Verfügung. Wir bitten Sie eindringlich, sich entschlossen für die unverzügliche Streichung des PV-Deckels und eine Beschlussfassung noch im März einzusetzen.

---

3) <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/152/1915275.pdf>